

Verzeichnis der Gemeindestraßen überflüssig?

Einigkeit im Verkehrsausschuß: Kein Verständnis für die Haltung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft

führt worden, daß sie ohne jeden Aussagewert war. Mehrfach habe die Hochschule versichert, daß die Mängel behoben und die Kartei neu angelegt worden sei. Ob dies tatsächlich zutrefte, habe man leider in der letzten Ausschußsitzung am 16. März 1982 nicht eindeutig klären können. Der Ausschuß habe diese Verfahrensweise im Umgang mit dem Parlament gerügt und den Ministerpräsidenten gebeten, die Mängel abzustellen. Heute wolle man „vor Ort“ die Fakten prüfen. Die Überprüfung ergab, daß die Stellenbesetzungskartei zwar neu angelegt worden ist, aber noch Restarbeiten zu erledigen sind, die kurzfristig abgeschlossen werden sollen.

Im übrigen erinnerte der Berichterstatter an den bereits in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß, in dem gerügt worden ist, daß die Hochschule – vor allem im Bereich der Medizinischen Einrichtungen – mehrfach über den ihr durch den Haushaltsgesetzgeber zuerkannten Stellenrahmen hinausgegangen sei und das Land dadurch zu nicht veranschlagten Personalkosten verpflichtet habe. Außerdem seien tarifwidrige Eingruppierungen mißbilligt worden. Für den Ausschuß bestehe – auch nach Anhörung der Vertreter der Universität – keine Veranlassung, den genannten Beschluß abzuändern. Der Minister für Wissenschaft und Forschung bleibe aufgefordert, seine Aufsichtsfunktion gegenüber der Hochschule mit Nachdruck wahrzunehmen und die notwendigen Maßnahmen zur Bereinigung der Stellenbewirtschaftung zu ergreifen. Mit Befriedigung nahm der Ausschuß zur Kenntnis, daß wegen der tarifwidrigen Eingruppierung einer medizinisch-technischen Assistentin auf Weisung des Ministers für Wissenschaft und Forschung inzwischen ein Regreßanspruch geltend gemacht worden ist.

Über die weiteren Beratungen in Münster, insbesondere über die Beiträge zu dem heißen Eisen „Mehrarbeit und Überstunden der Ärzte in Hochschulkliniken“, berichtet „Landtag intern“ in der nächsten Ausgabe.

Die Gesetzentwürfe zum Landesstraßengesetz (Drucksache 9/860) und zum Landesstraßenbedarfsplan (Drucksache 9/673) standen im Mittelpunkt der Beratungen des Verkehrsausschusses. Ausschußvorsitzender Erich Kröhan (SPD) betonte, der Ausschuß werde daran festhalten, die Beratungen zum Landesstraßenbedarfsplan noch vor der Sommerpause abzuschließen, damit auch der Landtag ebenfalls noch vor der Sommerpause den Gesetzentwurf in zweiter Lesung behandeln kann. Hinsichtlich des Landesstraßengesetzes gehe der Ausschuß übereinstimmend davon aus, auch vor den Haushaltsberatungen im Herbst seine Beratungen zu beenden.

In einer aktuellen Viertelstunde hatte die CDU-Fraktion nach den Auswirkungen der gekürzten Landeszuwendungen für die Flugverbindungen Münster/Osnabrück beziehungsweise Paderborn/Lippstadt nach Frankfurt gefragt. Staatssekretär Dr. Heinz Nehrling betonte, daß die gekürzten Zuwendungen an die Luftfahrtunternehmen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Betriebsergebnisse der Flughafengesellschaft Münster/Osnabrück und Paderborn/Lippstadt hätten. Der Ausschuß griff in diesem Zusammenhang die Anregung des Staatssekretärs auf, nach der Sommerpause die Liberalisierung des interregionalen Linienluftverkehrs in der Europäischen Gemeinschaft zu beraten.

In der Beratung zum Landesstraßengesetz stieg der Ausschuß in die Einzeldiskussion zu Artikel I des Gesetzentwurfs, der die Änderungen des bisherigen Landesstraßengesetzes enthält, ein. In einem ersten Durchgang wurden die Änderungen bis einschließlich Paragraph 10 behandelt. Dabei machte die CDU-Fraktion durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Joseph Köhler, deutlich, daß man die Anregungen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zu Paragraph 3 „Einteilung der öffentlichen Straßen“ aufgreifen wolle, weil sie hinsichtlich der Abgrenzung

der Straßenarten deutlicher formulierten. Ilse Ridder erklärte für die SPD, daß der Regierungsentwurf die klarere Abgrenzung beinhalte. Die Konkurrenzplanung von Straßen verschiedener Gruppen könnte durch den Gesetzentwurf bereinigt werden.

In der Diskussion zu Paragraph 4 „Straßenverzeichnisse und Straßennummern“ zeigten beide Fraktionen übereinstimmend Unverständnis über die Haltung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft, die die Führung von Straßenverzeichnissen für Gemeindestraßen ablehnen. Nach Meinung des Ausschusses muß jede Gemeinde solche Verzeichnisse aus vielfältigen Gründen führen.

Die besonders umstrittenen Maßnahmen im Landesstraßenbedarfsplan standen im Mittelpunkt der weiteren Beratungen des Verkehrsausschusses zu diesem Gesetzentwurf. Die Abgeordneten übereinstimmend Hans Rohe (SPD) und Heinz Hardt (CDU) erläuterten die Vorstellungen ihrer Fraktionen zu dem Gesetzentwurf. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Georg Aigner, sprach sich dafür aus, die Beratungen in der nächsten Ausschußsitzung zum Abschluß zu bringen, damit die Landesregierung mit der Erarbeitung des Ausbauplans beginnen könne. Dies sei insbesondere für die Investitionsentscheidungen von besonderer Bedeutung.

Terminvorschau

vom 10. bis 31. Mai 1982

Montag, 10. 5.

Informationsreise einer Kommission des Hauptausschusses in die USA und nach Kanada

Neue Technologien im Medienbereich

Montag, 24. 5.

Verkehrsausschuß (24.–28. 5. 1982 nach Paris, Lyon, Toulouse)

Mittwoch, 26. 5.

Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Kulturausschuß

Donnerstag, 27. 5.

Ausschuß für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung

Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung



Zügig will der Verkehrsausschuß die Gesetzentwürfe zum Landesstraßengesetz und zum Straßenbedarfsplan beraten, damit Investitionsentscheidungen für den Ausbauplan fallen können. Foto: Tüßelmann